

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern  
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stello. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH  
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHÄUPT, MdB  
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 12

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Dezember 1958

### INHALT

WAHRHEIT UND WORT von Heinz Zahrnt . . . . .	S. 1
DIE BEWÄHRUNGSPROBE von Gerhard Schröder . . . . .	S. 3
DESTINY AND HUMAN INITIATIVE von Edo Osterloh . . . . .	S. 4
VIEL LÄRM UM NICHTS von Otto Schmidt . . . . .	S. 7
POLITIKER UND GEMEINDE von Otto Flehinghaus . . . . .	S. 9
KARL BARTH UND SEIN ZONENBRIEF von Hans Asmussen . . . . .	S. 10
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION . . . . .	S. 11

## WAHRHEIT UND WORT

Gedanken eines Publizisten zu Weihnachten

von Dr. theol. Heinz Zahrnt, Hamburg

Schweigen lag über der ganzen Welt. Hinter der Hülle dieses Schweigens aber, in der Stille, arbeitete Gott verborgen an der Erlösung der Menschheit. Und dann kam der Augenblick, da Gott die Wand des Schweigens durchbrach und sein Geheimnis der Welt öffentlich kundtat. Ein Stern strahlte auf am Himmel, neu und heller als alle anderen. Gott offenbart sich in Menschengestalt! Da nahm seinen Anfang, was zuvor bereitet war. Da kam alles in Bewegung. . .

So beschreibt der frühchristliche Kirchenvater Ignatius von Antiochien das Offenbarwerden Gottes. Die Ausdrücke und Bilder, die er gebraucht, kreisen alle um ein einziges Ereignis, dienen alle dazu, das eine Wunder zu

verherrlichen: Gott ist aus seinem Schweigen herausgetreten, Gott hat geredet! Das ist die Selbsterschließung Gottes in Jesus Christus, das ist die zentrale Tatsache des Christentums, das, was das Christentum zum Christentum macht. Das ist Weihnachten.

✱

Gott hat geredet — was heißt das?

Wir suchen uns an dieses zentrale Ereignis des Christentums heranzutasten, indem wir uns klarmachen, was eigentlich vor sich geht, wenn in dem Verkehr zwischen einem Ich und einem Du das geschieht, was wir als Reden und Hören bezeichnen.

Zum Weihnachtsfest und zur Jahreswende entbieten wir allen Lesern, Freunden  
und Mitarbeitern herzliche Grüße und Segenswünsche.

HERAUSGEBER UND REDAKTION

Da müssen wir zunächst feststellen, daß die Rede nicht das einzige Mittel bildet, um auf einen anderen einzuwirken. Es gibt auch stumme Handlungen, die auf den anderen wirken, sogar sehr spürbar. Aber diese Handlungen sagen nichts über den aus, der sie tut; sie lassen die Person zum mindesten im Zwielficht, und damit bleiben sie selbst ungedeutet. Wenn ein Vater seinen Sohn schlägt, ob das Zorn der Liebe ist oder Wut und Unbeherrschtheit —, wenn ein Mann eine Frau in den Arm nimmt, ob das Gier ist oder Kunst der Verführung oder die Liebe, die den anderen ganz meint —, wenn einer eine große Spende gibt, ob das Erbarmen ist oder Eitelkeit oder Berechnung — wer will das mit Bestimmtheit sagen? Geste, Griff, Bewegung und Gesicht drücken es nicht deutlich aus. Die stummen Handlungen sind wie Bilder ohne Worte. Man kann sie so oder so deuten, und so bleiben sie am Ende ungedeutet.

So kann auch Gott wortlos handeln. Er tut es sogar ständig. Ständig stehen wir unter der Einwirkung der stummen Handlungen Gottes. Wenn Gott in der Natur schafft, wenn er in der Geschichte wirkt, ja selbst wenn er uns unmittelbar angreift, dann spüren wir dies wohl, aber wir vermögen es uns nicht zu deuten. Wir fühlen seine Hand — wie der Sohn die Hand des Vaters und die Frau die Hand des Mannes —, aber wir wissen nicht, wie sein Herz zu uns steht. Es kann sein, daß Gott die Elementarings um uns in Aufruhr bringt, daß er die Völker erregt und durcheinanderschüttelt, daß er Machthaber zu Boden stürzt und neue aufstehen läßt und wir dennoch fragen: „Warum schweigst du, Gott?“ Das macht: das Wort fehlt. Das Wort aber tut's! Solange das Wort nicht dabei ist, bleiben die Handlungen des anderen für mich stumm. Ich kann sie wohl spüren, sogar sehr heftig spüren, aber ich kann sie nicht deuten. Nur wo der andere sich mir im Wort erschließt, wird er mir „deutlich“ und kann ich seine Handlungen deuten. Wahrheit vom anderen kommt mir letzten Endes nur durchs Wort zu. Die Mitteilung der Wahrheit geschieht im Akt des Redens und Hörens.

\*

Dieser Akt des Redens und Hörens aber schließt nun eine bestimmte Voraussetzung in sich. Wenn es zwischen zwei Personen zu einer Begegnung in der Form des Redens und Hörens kommen soll, so müssen diese beiden Personen in derselben Dimension existieren, sie müssen sich auf der gleichen Ebene befinden und von dem gleichen Raum umschlossen sein. Anders gibt es zwischen ihnen keine Verständigung. Das führt uns im Blick auf die Offenbarung Gottes zu einer erstaunlichen Erkenntnis.

Wenn es heißt, daß Gott zu den Menschen geredet hat, dann bedeutet dies etwas Unerhörtes, etwas, worauf kein Mensch von sich aus hätte kommen können. Dann bedeutet dies nämlich, daß Gott, der Ewige, der Jenseitige, der ganz und gar Andere, in unsere Dimension, auf unsere Ebene, in unseren Raum herabgekommen ist. Das Reden Gottes zu den Menschen schließt die Herablassung Gottes zu den Menschen ein, seine Selbsterschließung, seine

Selbstentäußerung. Gott hat sich zu uns „hinabgedemütigt“, er hat sich in einen seinem Wesen widersprechenden Zustand hineinbegeben. Der Absolute ist relativ geworden; der Allbedingende hat sich den Bedingungen von Raum und Zeit unterworfen; der Schöpfer hat sich in die Sprache der Kreatur übersetzt; der Herr der Geschichte ist eine Gestalt der Geschichte geworden und hat sich in einen Wettstreit mit den anderen Herren eingelassen.

Das ist das Ereignis, das zu beschreiben, immer wieder auszumalen und zu preisen sich alle Weihnachtslieder und -hymnen der Kirche von Anfang an nicht genug tun können: diese Bewegung Gottes von oben nach unten, seine Selbstentäußerung, seine Herablassung zur Kreatur.

Gottes Herablassung im Wort umfaßt eine zwiefache Gnade. Gott hätte ja auch anders kommen können, in seiner Glorie, in seiner strahlenden Herrlichkeit, in seiner unverhüllten Majestät. Wenn er uns so unmittelbar begegnet wäre, dann wären wir vergangen, wir wären verbrannt und verzehrt worden. Grund genug dazu wäre vorhanden gewesen! Nun aber hat es Gott gefallen, sich des Wortes als Mittel zu bedienen. Diese „mittelbare“ Begegnung bedeutet gnädige Schonung. Der Heilige und Reine schont den Unheiligen und Unreinen, indem er zwischen sich und ihn das Mittel des Wortes stellt. Auf diese Weise bleibt das Ich-Du-Verhältnis bestehen. Indem Gott dem Menschen in der Form des Redens und Hörens begegnet, erkennt er ihn als Person und Gegenüber an. Gott nimmt uns ernst; er liebt den Sünder mehr, als er die Sünde haßt.

\*

So stellt sich Gott in seiner Offenbarung auf den Menschen ein. Und das entspricht genau dem Wesen der Wahrheit. Es gibt keine Wahrheit an sich, in freischweifender, zeitloser Gegenwärtigkeit, gleichsam als ewige, unwandelbare Idee. Die sogenannten allgemeinen Vernunftwahrheiten der Aufklärung waren eine Täuschung. Die Wahrheit ist immer an eine bestimmte Situation gebunden; sie muß immer auf den Raum bezogen sein, in den sie hineingesprochen wird, wenn sie „verständlich“ werden soll. Wahrheit gibt es immer nur in Akkommodation. Weil Gott mit seiner Wahrheit auf den Menschen gezielt hat, darum hat er auf menschliche Weise geredet. Er hat sich so sehr unserer Situation und Bewußtseinslage angepaßt, daß er das ganze Geschick eines Menschen in dieser Welt auf sich genommen hat. Luther sagt einmal, daß, wenn Gott die Vögel hätte erlösen wollen, er die Gestalt eines Vogels angenommen hätte; nun aber ist es ihm um den Menschen zu tun gewesen, und darum ist er Mensch geworden. Gott wurde Mensch — menschlicher geht es nimmer, menschlicher kann die Wahrheit Gottes nicht zu den Menschen kommen.

Es ist Gott also nicht allein ums Offenbaren zu tun, nicht allein darum, seine Gottheit zu behaupten und die Wahrheit durchzusetzen, koste es, was es wolle. Gott ist kein Wahrheitsfanatiker. Er will die Wahrheit nicht um der

Wahrheit willen, sondern er will die Wahrheit um des Menschen willen. Was aber heißt dies anderes, als daß die Wahrheit Gottes seine Liebe ist! Darum stellt sich Gott in seinem Reden auf den Menschen ein, und darum ist seine Rede „Evangelium“, d. h. frohe Botschaft, die den Menschen rettet.

\*

Was von der Wahrheit Gottes gilt und ihrer Mitteilung, das hat nun auch von unserem Umgang mit der Wahrheit zu gelten. Gottes Selbsterschließung im Wort ist Urbild und Norm für die Art, wie wir einander im Reden und Hören erschließen. Die Offenbarung bietet die Struktur für das Gespräch.

Wie die Offenbarung Gottes aus dem Schweigen hervortritt, so muß auch unser Reden aus dem Schweigen kommen. Kein Mensch kann dem anderen Wahrheit mitteilen, er habe denn zuvor geschwiegen und auf die Wahrheit gelauscht. Wo keine Stille mehr ist, dort ist auch keine Wahrheit mehr, dort entartet die Rede zum faulen Geschwätz. Wenn wir uns heute so heftig über die Inflation des Wortes beklagen, so liegt das nicht zuletzt daran, daß wir alle nicht mehr genug Stille haben. Denn nur in der Stille wird die Wahrheit geboren.

Diese Stille kann auch ein Fachgespräch sein. Es bedarf des Gesprächs der Experten — Theologen, Künstler, Naturwissenschaftler, Politiker, Historiker, Mediziner — unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wenn die Wahrheit an den Tag kommen soll. Darum ist die Wahrheit in ihrem Bestande ernsthaft bedroht, wenn sie heute immer sofort, noch bevor sie sich den Fachleuten als wahr erwiesen hat, von der Öffentlichkeit mit ihren Mitteln, wie Presse, Funk und Film, vor das Publikum gezerrt wird. Das stolze Wort des Horaz: „Odi profanum vulgus et arceo — ich hasse das gemeine Volk und halte es fern“ hat sein begrenztes Recht. Die Wahrheit ist eine aristokratische Angelegenheit, sie verlangt den Mut zur Exklusivität.

Aber es gibt auch ein Gespräch der Experten, das gefährlich ist, in dem nicht die Wahrheit, sondern höchstens Wissen geboren wird. Da jongliert man mit Begriffen und wirft sich die Fachausdrücke wie Bälle gegenseitig zu. Da ist man nur noch unter sich, einem Kreis von Sammlern

gleichend, die untereinander kostbare Gemmen betrachten und ihrer Mitwelt dabei den Rücken zukehren. Aber das ist kein Hören auf die Wahrheit in der Stille, das ist Snobismus.

So gewiß Gott geredet hat, so gewiß ist die Wahrheit öffentlich. Die Wahrheit will ihr „Publikum“. Denn noch einmal: es gibt keine Wahrheit an sich, sondern nur Wahrheit für den anderen. Das aber verlangt von jedem, der sich um die Wahrheit bemüht, daß er den Raum kennt und ins Auge faßt, in den hinein er die Wahrheit sprechen, daß er sich auf das Gegenüber einstellt, dem er die Wahrheit erschließen will. Was aber heißt dies anderes, als daß jeder, der Wahrheit durchs Wort mitteilen will, jene „Herablassung“, jene Bewegung von oben nach unten nachvollziehen muß, die Gott vollzogen hat, als er zu den Menschen im Wort kam? Anders gibt es keine Begegnung mit der Wahrheit im Wort, anders bleibt unser Reden ohne Hören.

Ob es den Puristen aller Gattungen, der kirchlichen Orthodoxie, dem philosophischen Idealismus oder dem wissenschaftlichen Intellektualismus, gefällt oder nicht: die Wahrheit hat einen Zweck, und der Zweck der Wahrheit ist der Mensch. Wo die Wahrheit nicht mehr den Menschen im Auge hat, dort wird sie grausam und zündet Scheiterhaufen an, oder sie wird snobistisch und überläßt den Zeitgenossen seinem Schicksal. Die Wahrheit um der Wahrheit willen ist ebenso schrecklich wie die Gerechtigkeit um der Gerechtigkeit willen. Nur wo die Wahrheit aus der Liebe kommt, macht sie lebendig und frei; die Wahrheit ohne Liebe ist wie das Gesetz, das tötet. In dieser Tiefe hat alle „Publizistik“ ihren letzten Grund.

Freilich, auch hier steht Gefahr am Wege. Sie droht dort, wo der Raum die Wahrheit übermächtig, wo das Publikum zur Norm wird, wo wir nur noch „nett“, aber nicht mehr wahr zueinander sind. Hier bricht die Frage nach unserer eigenen Wahrhaftigkeit auf. Denn die Wahrheit muß nicht nur auf den Raum bezogen sein, in den sie hineingesprochen wird, sondern auch auf den Menschen, der sie spricht. Wahr kann nur reden, wer aus der Wahrheit ist. An dieser Stelle aber mündet das Nachdenken des Publizisten über das Reden Gottes in das Nachdenken über sich selbst ein.

## DIE BEWAHRUNGSPROBE

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Das Jahr 1958 geht in wenigen Tagen zu Ende. Vor Eintritt in das neue Jahr werden viele Menschen in unserem Volk auf die Ereignisse der vergangenen 12 Monate zurückschauen und fragen: Wie sollen wir diesen Zeitabschnitt werten? Sind wir bei der Lösung der gestellten Aufgaben weitergekommen?

Die ernste außenpolitische und innerdeutsche Lage, die kurz vor Jahresende durch den Griff der Sowjetunion nach der Freiheit Berlins geschaffen wurde, mag manchen daran zweifeln lassen, ob eine positive Antwort hier richtig wäre.

Doch gerade die ernste Situation dieser Tage läßt unsere politische Arbeit der vergangenen Monate in einem besonderen Lichte erscheinen. Stellen wir uns nur einen Augenblick vor, wie es um die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik und Berlins bestellt wäre, wenn die großen, leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen der deutschen Politik im Jahre 1958 zu anderen Ergebnissen geführt hätten.

Wie könnten wir heute angesichts der Bedrohung Berlins auf die zuverlässige Unterstützung durch unsere westlichen Bündnispartner rechnen, wenn wir uns in den dra-

matischen Bundestagsdebatten im Januar und März dieses Jahres dem Ruf der im atlantischen Bündnis zusammengeschlossenen Staaten der freien Welt nach einem vollwertigen Verteidigungsbeitrag versagt hätten? Wie hilflos stünde die Bundesrepublik gerade jetzt dem aggressiven Weltkommunismus gegenüber, wenn sie durch ihr Nein in der Bewaffnungsfrage den Nordatlantikpakt einer schweren inneren Zerreißprobe ausgesetzt hätte?

Und wie wäre die innenpolitische Situation heute, wenn die Bundesregierung der verfassungswidrigen antiatomaren Volksbefragungskampagne der Opposition nicht in richtiger Erkenntnis ihrer großen Verantwortung gegenüber unserem Volk energisch entgegengetreten wäre? Wie stünde es jetzt um unsere innerstaatliche Ordnung, wenn wir dabei keinen Erfolg gehabt hätten? Das politische Leben in der Bundesrepublik wäre bis ins kleinste Dorf von einem tödlichen Fieber ergriffen worden. Die parlamentarische Demokratie hätte man durch außerparlamentarische Aktionen, deren kommunistische Unterwanderung unausbleiblich war, gerade in dem Augenblick aus den Angeln gehoben, in dem angesichts der kommunistischen Bedrohung unserer Freiheit innere Festigkeit, Besonnenheit und eine ruhige Entwicklung

schlechthin lebensnotwendige Voraussetzungen für unsere Selbstbehauptung sind.

Wie wäre schließlich im Lichte der jüngsten Ereignisse unsere innen- und außenpolitische Lage zu beurteilen, wenn es der Christlich-Demokratischen Union in den Landtagswahlen dieses Sommers und Herbstes nicht gelungen wäre, der Bundesregierung auch im Bundesrat eine stabile Unterstützung zu sichern? Wie lähmend müßte es sich auswirken, wenn die Entscheidungen der Mehrheit des Bundestages ständig durch einen von der Opposition beherrschten Bundesrat blockiert werden könnten.

Diese Überlegungen zeigen deutlich, daß unsere Bemühungen um eine weitere Stabilisierung der Bundesrepublik auch im vergangenen Jahr erfolgreich waren. Allein dadurch konnte der wirtschaftliche und soziale Aufstieg ausgebaut werden. Wir sind dankbar dafür. Die Bestätigung unserer Politik erfüllt uns mit Zuversicht auch für das kommende Jahr. Es wäre aber falsch, wenn wir die Gefahren, die uns gerade jetzt drohen, unterbewerteten. Die jüngsten Ereignisse machen uns deutlich, daß unsere Bewährung als Volk in geschichtlich schwerer Zeit noch bevorsteht. Unüberhörbar klopft der Kommunismus mit seinem Weltherrschaftsanspruch an die Tore der freien Welt.

Voraussetzung für die Abwehr des sowjetischen Griffs nach der Freiheit Berlins ist die Standhaftigkeit des freien Westens im verschärften Nervenkrieg und die Erhaltung der gemeinsamen Einsicht, daß gegenüber der totalitären kommunistischen Bedrohung die Freiheit aller an jeder Gefährdungsstelle nicht nur graduell, sondern im Kern bedroht ist.

Was ist angesichts dieser Bedrohung das Gebot der Stunde?

1. Wir müssen die Lage nüchtern und realistisch sehen. Es ist nicht zulässig, den eigenen Friedenswillen zum Maßstab der Beurteilung der Absichten des Gegners zu machen. Illusionspolitik nützt nur ihm.

2. Die deutsche Bevölkerung muß bis in die letzte Familie von dem Bewußtsein durchdrungen werden, daß wir unter keinen Umständen ein kommunistisches oder auch nur halb-kommunistisches Regime in Deutschland hinnehmen können. Wir alle, insbesondere aber diejenigen, die im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben an führender Stelle stehen, haben die Aufgabe, den Willen zur Behauptung als freies Volk zu verstärken, jede Aufweichung zu erkennen und zu ihrer Überwindung aktiv beizutragen. Dabei gilt: Wer den Kommunismus verharmlost, dient seinen Zielen.

3. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Wiederherstellung eines einzigen freiheitlichen Deutschlands überhaupt nur möglich ist, wenn die Bundesrepublik als allein zukunftssträchtige deutsche Freiheitsbastion gesichert bleibt. Es wird sich dabei möglicherweise um einen langfristigen Prozeß handeln. Er stellt an unser Durchhaltevermögen in moralischer und materieller Hinsicht große Anforderungen.

4. Wir müssen alle — jeder in seinem Lebensbereich — dazu beitragen, daß unser Staat innerlich gefestigt wird. Die kommunistischen Machthaber jenseits des Eisernen Vorhangs und ihre Helfershelfer in der Bundesrepublik arbeiten unablässig und systematisch daran, alle Institutionen unseres jungen demokratischen Staates vor der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Treten wir jeder leichtfertigen Schwächung der Staatsautorität entgegen! Wir dürfen in der Beseitigung von Mißständen nicht zögern, müssen uns aber vor Verallgemeinerungen und Diffamierungen schützen. Für ernste Zeiten brauchen wir einen intakten Staatsapparat, der vom Vertrauen der Bevölkerung getragen ist.

5. Für die Verteidigung der Freiheit muß jeder zu Opfern bereit sein. Die Durchsetzung von Sonderinteressen ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Ganzen führt zur Auflösung des Staates und zum Verlust der Freiheit aller.

Möge unserem Volk im kommenden Jahr genügend Kraft und Einsicht gegeben sein, um die geschichtliche Bewährungsprobe zu bestehen.

## DESTINY AND HUMAN INITIATIVE

von Kultusminister Edo Osterloh

Der schleswig-holsteinische Kultusminister Edo Osterloh nahm vom 13. bis 16. November d. J. an der Gründungstagung der „Akademie der Südafrikanischen Union“ teil und hielt dabei den nachstehend veröffentlichten Vortrag. Vor ihm hatten der englische Labour-Abgeordnete Dr. Edwards und Dr. Wallenstein, Mitglied der Hohen Behörde der Montan-Union, über die internationalen Bündnisse der freien westlichen Welt sowie über die europäischen Vereinigungen (Montan-Union, EWG und Euratom) gesprochen.

Die Akademie der Südafrikanischen Union steht in Zusammenarbeit mit den deutschen Evangelischen Akademien, ist aber nicht nur für Protestanten, sondern für Angehörige aller Konfessionen gedacht. Sie will die führenden geistigen Kräfte in der Südafrikanischen Union zu Aussprachen über die aktuellen politischen und sozialen Fragen des Landes zusammenführen, darüber hinaus aber auch regelmäßig Sachkenner der europäischen Entwicklung zu Wort kommen lassen, um so die Verbindung mit dem Mutterkontinent aufrechtzuerhalten. Für letztere Aufgabe werden vor allem Holland, England und Deutschland die Referenten zu stellen haben.

Zu der Tagung, die in einem Berghotel etwa 500 km nördlich von Johannesburg, nahe der Stadt Louis Trichardt, stattfand, hatten sich etwa 40 Industrielle, je zur Hälfte aus dem deutschen und aus dem früher burischen Bevölkerungsteil, einige Engländer sowie Theologen der holländisch-reformierten Kirche, der Hermannsburger und der Berliner Mission und Vertreter der Deutschen Botschaft in Pretoria eingefunden.

Die Untersuchung von Minister Osterloh hatte die Aufgabe, das Problem der freien Unternehmerinitiative in einer industrialisierten Massengesellschaft weltanschaulich und theologisch zu beleuchten. Osterloh erklärte nach seiner Rückkehr: „Die Debatte zeigte, daß die Südafrikanische Union ähnlich wie wir vor der Notwendigkeit steht, Wirtschaftsleben und Sozialgesetzgebung so zu regeln, daß zwar die unschuldig sozial Schwachen vor Ausbeutung und katastrophalen Schicksalsschlägen geschützt werden, zugleich aber der Irrweg in den totalen Versorgungsstaat vermieden wird. Gegenüber unserer Lage stellt das Verhältnis zu den Negern und den anderen farbigen Bevölkerungsteilen die Union vor Probleme, deren Lösung von außen nur sehr schwer beurteilt werden kann.“ Daher habe er die Rassentrennung von sich aus nicht angesprochen. Aus den Diskussionsbeiträgen sei ihm jedoch deutlich geworden, daß selbst die in der Mehrheit befindlichen Anhänger der Rassentrennung sich darüber im klaren seien, wie sehr die künftige Entwicklung von einer weisen und beweglichen Anwendung der Bestimmungen sowie deren Anpassung an die jeweilige Lage abhängen.

... Sie werden mir gewiß erlauben, davon auszugehen, daß Sie über Ihre eigene berufliche, wirtschaftliche, finanzielle, soziale und soziologische Lage besser Bescheid wissen, als ich es nach einem bloß theoretischen Studium in kürzester Zeit vermag. Sie werden auch über die besonderen Schwierigkeiten und Chancen von Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft hierzulande ge-

rechter und vernünftiger urteilen, als ich es selbst dann tun könnte, wenn ich mehr wissenschaftliche Literatur hätte durcharbeiten können, als es mir möglich war. Und schließlich würden Sie mich mit Recht im besten Falle mitleidig belächeln, wenn ich schauspielerisch den Eindruck zu erwecken versuchen würde, ich hätte eine wirkliche Ahnung von den besonderen menschlichen Probleme

men in Südafrika, von den Nöten und Freuden, Ängsten und Gewißheiten im innersten Seelenleben hier, weil ich einige Romane gelesen habe, die von diesem Lande und seinen Schicksalen handeln.

Ich bilde mir nicht ein, Sie über Ihr Land und seine Probleme oder über Ihre Chancen und Aufgaben in der gegenwärtigen Weltstunde aufklären zu sollen oder zu können. Vielmehr sehe ich meine Aufgabe darin, den Versuch zu machen, mit Ihnen gemeinsam die Frage zu erörtern, ob Sie hier in Südafrika und wir in Europa, z. B. in der Bundesrepublik Deutschland, ähnliche oder sogar gleiche Fakten und dynamische Tendenzen als für unser ökonomisches, politisches und geistig-seelisches Schicksal schlechthin unabänderlich bestimmend ansehen, ob wir zusammen ein Feld freier Entscheidungsmöglichkeiten erblicken und wo und wie wir menschliche Initiative für möglich halten, im Ernst vorbereiten und durch die Tat praktizieren.

### **Die Frage nach den gemeinsamen Voraussetzungen**

Viele Antworten, gerade solche zu ernsten, die wichtigsten menschlichen Lebensgebiete berührenden Problemen, fallen falsch und unbrauchbar aus, weil falsch und unbrauchbar gefragt worden ist. Es liegt deshalb im Interesse der Nützlichkeit unserer Anstrengungen, wenn wir den Sinn unserer Frage dadurch klären, daß wir die mögliche theologische Perspektive der Prädestinationslehre von vornherein, jedenfalls aus dem Ansatz unserer Betrachtung ausschließen. Es ist nämlich auch dem calvinistischen Christen nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten, sich mit Hilfe der ihm gegebenen natürlichen Vernunft zu vergewissern, in welchem Umfange er sich mit seinen Mitmenschen über seine diesseitige, zeitliche Lage verständigen kann. Das Gebot der Nächstenliebe verlangt das ernste Bemühen um eine Antwort auf die Frage, welches die gemeinsamen Voraussetzungen für unser aller Dasein sind, und zwar ohne Rücksicht darauf, von welchem religiösen Glauben wir erfüllt sind oder zu welcher Weltanschauung wir uns entschlossen haben. Freilich lehrt die Erfahrung, daß es leichter ist und häufiger vorkommt, aneinander vorbeizureden als einander zu verstehen. Aber es sollte eine der besonderen Auszeichnungen des christlichen Denkens im Glauben sein, daß es immer zugleich auch die Wirklichkeit und gesamte Lebenssituation des Unglaubens mit umfaßt, auch wenn der Unglaube das nicht wahrhaben will und den Glauben als Illusion oder Opium höhrend verachtet und mit der Absicht verfolgt, ihn zu vernichten.

### **Das „klassische“ Verständnis der Naturgesetze ist überholt**

Wir gestehen ein, daß wir zunächst vor allen Dingen an den ökonomisch-politischen Bereich denken, wenn wir die Frage nach dem Verhältnis menschlicher Initiative zum unabänderlich Festgelegten aufwerfen. Schon an dieser Stelle der Formulierung unserer Frage muß ich darauf aufmerksam machen, daß die Richtigkeit dieser Fragestellung in der modernen Industrie- und Wirtschaftswelt keineswegs unbestritten ist. Uns allen ist bekannt, daß in dem riesigen, von Moskau beherrschten bolschewistischen Machtblock jede Möglichkeit zu einer echten menschlichen Initiative gezeugnet wird. Nach der marxistischen Lehre, von der die Machthaber im Kreml behaupten, daß sie für die kommunistische Politik in ganzer Breite, die Wirtschafts-, Verteidigungs- und Kulturpolitik in gleicher Weise betreffend, maßgebend sei, spielt sich auch das geschichtliche Leben nach ehernen Naturgesetzen ab. Dabei werden die Naturgesetze in dem überholten, sogenannten klassischen Sinne ver-

standen, d. h. so, als ob sie Auskunft über das Wesen und die innerste Struktur des Seienden geben könnten und nicht nur, wie wir seit Anfang dieses Jahrhunderts wissen, „abgekürzte Statistiken“ darstellten. Es ist höchst bemerkenswert, daß einer der beiden für das Schicksal der Welt entscheidenden Machtblöcke, nämlich die Sowjetunion und ihre Satelliten, weltanschaulich von einer Voraussetzung ausgeht, die er für wissenschaftlich unumstößlich bewiesen hält, während in Wahrheit die wissenschaftliche Forschung inzwischen ganz andere Positionen eingenommen hat. Zwar sollten wir nicht meinen, daß durch die Einstein'sche Relativitätstheorie, die Planck'sche Quantenlehre und die Feldtheorie von Heisenberg der zwingende Zusammenhang von Ursache und Wirkung und damit das kausale Denken bedeutungslos geworden wären, wohl aber werden wir Folgerungen daraus zu ziehen haben.

Und daran wird auf lange Sicht auch der Bolschewismus nicht vorbeikommen, daß die Frage nach dem Wesen der Materie, präzisiert in der Frage nach dem Licht, mit der doppelten Auskunft beantwortet werden muß: Je nach der Versuchsordnung erscheint das Licht entweder als Korpuskel (Materie) oder als Impuls (Energie). Diese naturwissenschaftliche Erkenntnis, die der von Menschen zu entscheidenden Versuchsordnung eine Vorentscheidung über das wissenschaftliche Ergebnis zuschiebt, erweist den primitiven mechanistischen Materialismus als eine antiquierte geistesgeschichtliche Haltung.

### **Das kommunistische Dogma von der absoluten Gesetzmäßigkeit**

Nichtsdestoweniger werden wir von einer politischen Macht bedroht, die brutale Gewalt einsetzt, um die Anerkennung des Dogmas zu erzwingen, daß es insbesondere auf dem Sektor des wirtschaftlich-politischen Handelns keinerlei echte Entscheidungsmöglichkeit des Menschen und damit eben auch keine wirkliche Initiative geben könne. Der Kommunismus wird von der Überzeugung getragen: für den Menschen käme alles darauf an, auf der Grundlage des historischen Materialismus die Gesetzmäßigkeiten des ökonomischen Ablaufs zu erkennen und zur Richtschnur seines Handelns zu machen. Die im Grunde naturgesetzlich ablaufenden ökonomischen Veränderungen in den Daseinsbedingungen der menschlichen Gesellschaft haben nach kommunistischer Lehre zwangsläufig entsprechende Verwandlungen im sogenannten geistigen Überbau zur Folge. Kulturelles Leben, Philosophie, Ethik, Weltanschauung und Religion sind für den Bolschewismus nur sekundäre Begleiterscheinungen der jeweiligen wirtschaftlichen Machtverhältnisse oder historisch überholte verwerfliche Mittel der herrschenden Klassen, um die proletarischen Schichten länger, als historisch gerechtfertigt werden könnte, in menschenunwürdiger Abhängigkeit zu halten.

Nach der bolschewistischen Lehre muß man prinzipiell den Ablauf der Weltgeschichte mit einem Riesenautomaten vergleichen, in dem es selbstverständlich keine Möglichkeit für „human initiative“ geben kann.

Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, wie weit Theorie und Praxis im Kommunismus auch im Blick auf unsere Fragestellung auseinanderklaffen. Es genügt im Vorbeigehen der Hinweis darauf, daß gerade die letzten Jahre in der Geschichte des russischen Bolschewismus eine Reihe von Überraschungen gebracht haben, die nur möglich sind, weil die kommunistische Lehre nicht einmal die Wahrheit über die Wirklichkeit der kommunistisch beherrschten Welt aussagt, sondern durchbrochen wird von der unberechenbaren Initiative einzelner.

## **Die Einengung der Freiheit im sozialistischen Versorgungsstaat**

Wichtiger als dieser Hinweis auf den Gegensatz zwischen Lehre und Leben im Kommunismus scheint mir die Frage zu sein, ob wir gemeinsam auch in den Tendenzen nichtkommunistischer, aber sozialistisch-marxistischer Gesetzgebung die Gefahr erkennen, daß die menschliche Initiative immer mehr eingeengt wird und der staatliche Apparat zunehmend den Charakter einer totalen Herrschaft über den Menschen bekommt. Ich denke an die sozialistischen Bestrebungen, den modernen Staat zu einem im Ziel totalitären Versorgungsstaat zu gestalten. Die Sozialgesetzgebung kann dazu führen, daß ein so hoher Anteil vom Lohn und vom Sozialprodukt mit Hilfe staatlichen Zwanges für die soziale Sicherheit durch die entsprechende Bürokratie verwaltet wird, daß der einzelne Mensch kaum noch die Möglichkeit behält, sich sein Dasein nach eigenem Geschmack und nach persönlichen Wünschen zu gestalten. Die Labour Party in England und die Sozialdemokraten Schwedens haben meinem Urteil nach bedenkliche Schritte in dieser Richtung getan. Das Ergebnis solcher Entwicklung besteht darin, daß zwar jedermann im Falle von Krankheit oder Invalidität mit Beihilfen rechnen kann, und daß auch jedermann im Alter eine staatlich garantierte Rente erhält, daß aber gleichzeitig niemand mehr die Möglichkeit hat, das von seinen Vorfahren Ererbte für seine Nachkommen zu erhalten, geschweige denn zu vermehren oder eigenes Vermögen neu zu erwerben.

Diese sozialistischen Bestrebungen zum Versorgungsstaat hin sind deutlich zu unterscheiden vom Bolschewismus. Sie arbeiten nicht mit Gesetzlosigkeiten und Terror. Sie bedienen sich gesetzlicher Mittel der parlamentarischen Demokratie. Aber sie führen unausweichlich in eine Situation hinein, in der die persönliche Freiheit des einzelnen ein immer kleineres Betätigungsfeld erhält.

Ich wiederhole meine Frage, ob wir uns darin einig sind, daß solche Bestrebungen abgelehnt werden müssen, um menschliche Initiative lebensfähig zu erhalten.

## **Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft**

Auf der anderen Seite will ich nicht verschweigen, daß ich es auch für eine Selbsttäuschung halte, wenn z. B. gewisse Kreise bei uns in der Bundesrepublik Deutschland heute das Gefühl haben, wir könnten unser Wirtschaftsleben allmählich wieder wie zur Zeit des Frühkapitalismus so gestalten, daß dem privaten Unternehmer sozusagen gar keine Bindungen auferlegt und Grenzen gesetzt werden. Vielleicht besteht die Gefahr, die Zeit des liberalen Frühkapitalismus romantisch zu verklären und zu vergessen, unter welchen Bedingungen er gearbeitet hat und welche Komplikationen seine Methoden heraufgeführt haben. Es scheint mir eine Utopie zu sein, die Ordnung des Wirtschaftslebens allein unter dem Gesichtspunkt der Initiative des einzelnen verstehen und regeln zu wollen.

Ich bin mir nicht sicher, ob Sie mir zustimmen können, wenn ich behaupte, daß es unmöglich ist, die von Bismarck in seiner Sozialgesetzgebung prinzipiell vollzogenen Bindungen des freien Unternehmertums wieder rückgängig zu machen. Wir sprechen in Deutschland nach dem Vorschlag unseres Wirtschaftsministers Erhard nicht von einer freien, sondern von einer sozialen Marktwirtschaft. Damit wollen wir zum Ausdruck bringen, daß wir eine absolute Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Unternehmungen in der modernen Welt nicht für möglich und nicht für erlaubt halten. Es scheint uns zweckmäßig zu sein, das Wirtschaftsleben vom Staat aus so wenig wie möglich zu regulieren und zu dirigieren. Es scheint uns aber nicht erlaubt zu sein,

völlig auf eine Mitverantwortung des Staates dafür zu verzichten, daß die Unternehmer ihre Möglichkeiten nicht mißbrauchen.

Es würde mich sehr interessieren, Ihre Antwort auf diese Frage zu hören, d. h. ob Sie auch der Überzeugung sind, daß die private Initiative im modernen Wirtschaftsleben nicht nur unter dem Appell des religiösen Gebotes, der Moral und des Sittengesetzes steht, sondern auch durch staatliche Gesetze und Maßnahmen in das richtige Verhältnis zu den übrigen Kräften und Lebensgebieten der Nation gesetzt werden muß.

## **Die unlösbare Verbundenheit aller Lebensgebiete**

Unsere Einstellung zu diesem Problem wird weitgehend davon abhängen, wie wir das Verhältnis der Wirtschaft zur gesamten Existenz von Volk und Staat beurteilen. In den europäischen Ländern ist es ausgeschlossen, die Wechselwirkung, ja die gegenseitige Abhängigkeit, um nicht zu sagen: die unlösbare Einheit aller Lebensgebiete zu übersehen. In den meisten Staaten kann man beispielsweise die Beobachtung machen, daß den kommunistischen Parteien der Boden entzogen ist, wenn das wirtschaftliche Leben blüht, die Arbeitnehmer voll beschäftigt sind und die Geldwährung stabil ist. Aufstellung und Erhaltung einer wirksamen Verteidigung sind in allen Staaten von der finanziellen und industriellen Leistungskraft des Volkes abhängig. In manchen Staaten ist die Existenzkraft der Landwirtschaft nur zu erhalten, wenn die Industriewirtschaft in der Lage ist, Subventionen zu zahlen. Der Wiederaufbau unseres Schulwesens nach den Kriegszerstörungen ist nur möglich, solange die Wirtschaft die erforderlichen finanziellen Überschüsse erarbeitet. Und wir sollten nicht verschweigen, daß für die Aufgaben von Erziehung und Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kunst stabile und gesicherte Verhältnisse förderlicher sind als ein chaotisches Durcheinander. Selbst Verkündigung, Seelsorge und Liebestätigkeit der Kirche verlangen die Wahrung eines Friedens nicht nur im völkerrechtlichen Sinne, sondern auch im Sinne eines menschlich-harmonischen Verhältnisses möglichst aller Teile des Volkes zueinander.

Es scheint mir für eine klare Erkenntnis des uns beschäftigenden Problems, aber auch für unser eigenes Verhalten und unsere zukünftige Politik von größter Wichtigkeit zu sein, festzustellen, ob wir diese engen Beziehungen, diese unlösbare Verbundenheit aller Gebiete des modernen Gesellschaftslebens bejahen oder nicht.

## **Die Unabhängigkeit und Bedingungslosigkeit des christlichen Glaubens**

An dieser Stelle, durch die ich auf die innere Einheit des menschlichen Daseins auch und gerade in unserer heute so komplizierten Welt aufmerksam machen möchte, bitte ich um die Erlaubnis zu einem Exkurs:

Zwar bin ich fest davon überzeugt, daß die Möglichkeit menschlicher Initiative, zum Beispiel im kulturellen Leben, eng zusammenhängt mit den Verhältnissen auf dem ökonomischen Sektor. Ich glaube, daß die richtige Einschätzung der hinzunehmenden Gegebenheiten und der offenen Möglichkeiten für das alltägliche Leben größte Bedeutung hat. Nach meiner Erfahrung sind Scheitern oder Gelingen eines Lebenswerkes entscheidend davon abhängig, ob diese Spannung richtig erfaßt worden ist. Aber ich würde das für mich persönlich Wichtigste verschweigen, wenn ich nicht darauf hinweisen würde, daß nach meinem theologischen und auch ganz persönlichen Urteil der christliche Glaube diesen Zusammenhang sprengt. Während ich in einem letzten Sinne jede Autonomie und Autarkie sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft, wie der Finanzwirtschaft oder der Schule, der

Kunst und auch der Sozialpolitik entschieden bestreite und für eine Illusion halte, muß ich doch unmißverständlich bezeugen, daß dem christlichen Glauben eine solche Autonomie und auch Autarkie eignet. Ich kann das ganz schlicht auch so ausdrücken: Durch den christlichen Glauben kann ein vom bolschewistischen Terror in ein Bergwerk gesteckter Zwangsarbeiter menschliche Initiative entwickeln. Ich habe es selbst in russischer Gefangenschaft erlebt, daß der christliche Glaube von der Angst, von der Verzweiflung und der Trostlosigkeit befreit. Er ermöglicht es, auch in hoffnungsloser Lage zu helfen, Mut zu spenden, aufzurichten, den Nächsten zu lieben, für das eigene, in Todesangst schwebende Dasein Gott zu danken. Auch in der scheinbar nur noch passiven Haltung gibt der christliche Glaube dem Menschen die Kraft, das Leiden anders zu ertragen, als es der Unglaube zu tun vermag.

Das gleiche würde gelten von einer, im Augenblick nur als Beispiel von mir erdichteten, schrankenlos liberalen Gesellschaft, in der nur das Recht des Stärkeren und der rücksichtslose Egoismus gelten. Der christliche Glaube würde freiwillig die Initiative zur Gemeinschaft, zum Helfen, zur Selbstlosigkeit verwirklichen. Worauf es mir mit diesen Aussagen ankommt, kann ich auch einfach in der Frage formulieren: Stimmen Sie mir zu, daß christlicher Glaube, christliche Verkündigung und damit die Existenz christlicher Gemeinde unabhängig davon sind, daß zuvor die Lebensbedingungen von Gesellschaft und Staat verwandelt werden? Mir liegt an einer Antwort auf diese Frage, weil nach meiner Auffassung die Unabhängigkeit und Bedingungslosigkeit des christlichen Glaubens die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit seiner Behauptung sind, daß es ihm um die Liebe zum Nächsten, also um die Menschlichkeit des Daseins und um nichts anderes geht, wenn er sich auch an Reformbestrebungen in Staat und Gesellschaft beteiligt.

Wir bekämpfen den Bolschewismus deshalb nicht etwa, weil wir seine Abschaffung als die entscheidende Voraussetzung für eine Christianisierung der Welt betrachteten, sondern wir stellen uns dem Bolschewismus entgegen, weil wir ihn für eine Utopie halten. Nach unserer Überzeugung muß dem Bolschewismus Widerstand geleistet werden, weil er die Menschheit verführen will zu dem Aberglauben, die Aufgaben der modernen Entwicklung könnten ohne das Risiko menschlicher Initiative gelöst werden. Wir halten es für eine Selbsttäuschung zu meinen, geschichtliche Entscheidungen könnten wie ein naturwissenschaftliches Experiment abgewickelt werden.

### **Die unabänderlichen Gegebenheiten und die Chancen echter Initiative**

Eine solche Aussage muß begründet werden durch eine eigene Antwort auf die Frage: Wodurch wird die menschliche Existenz heute und morgen unabänderlich bestimmt und worin bestehen unsere Chancen, unser Dasein verantwortungsbewußt lebenswert zu gestalten?

Natürlich muß ich es mir versagen, auch nur den Versuch einer umfassenden Analyse der modernen Welt vorzulegen. Ich will mich daher auf einige charakteristische Wesensmerkmale konzentrieren, von denen ich vermuten kann, daß sie auch für Ihre Überlegungen interessant sind:

In einer Epoche der Weltgeschichte, in der die Erdbevölkerung sich in einer früheren Zeiten unvorstellbaren Größenordnung vermehrt, muß die Industrialisierung als die einzige Möglichkeit menschenwürdiger Selbstbehauptung bejaht werden. Sie bedeutet die intensive Ausführung des göttlichen Auftrages an den Menschen, sich die Erde untertan zu machen. Zur Industrialisierung aber gehören unausweichlich Rationalisierung und Automation. Die Vernichtung moderner Arbeitsgeräte

## **VIEL LÄRM UM NICHTS**

Zur Kaffee- und Teesteuerdebatte im Bundestag

*Der letzte Sitzungstag des Bundestages vor Weihnachten am 12. Dezember d. J. war in verschiedener Hinsicht ein besonders stürmischer Tag. Die Opposition nahm eine zoll- und steuerpolitische Formalie — nämlich die Erhöhung der Kaffee- und Teesteuer um den Betrag, um den der Einfuhrzoll ab 1. Januar 1959 gesenkt wird — zum Anlaß von Anträgen, die die Einnahmeseite des Bundeshaushalts um ca. 125 Millionen DM gekürzt hätten. Andererseits genierte sie sich nicht, im Zusammenhang mit dem gleichfalls in 3. Lesung verabschiedeten Rentenanpassungsgesetz Ausweitungsanträge zu stellen, die geeignet gewesen wären, unabsehbare weitere Staatszuschüsse für die Versicherungsträger auszulösen.*

*Jeder der CDU/CSU-Abgeordneten hätte die Senkung der Kaffee- und Teesteuer gern gesehen. Aber im Gegensatz zur Opposition hatten wir die verantwortliche Überlegung anzustellen, ob es sich bei ständig wachsenden Staatsbedürfnissen — die Opposition befürwortet z. B. zusätzliche Aufwendungen für die Kriegsbeschädigten (insbesondere eine Erhöhung der Grundrenten) in Höhe von 1,5 bis 3,6 Milliarden DM — wirklich rechtfertigen läßt, den Genußmittelverzehr weiter anzureizen. Der Pro-Kopf-Verbrauch hat ohnehin bereits den der Vorkriegszeit überschritten, so daß er sich — auch nach den Erfahrungen des letzten Jahres — kaum durch gesenkte Preise so steigern lassen würde, daß der Steuerausfall durch Konsumtionsausweitung wettgemacht werden könnte.*

*Die Zollsenkung wird notwendig auf Grund des Inkrafttretens des EWG-Vertrages. Der Art. 17 Abs. 3 dieses Vertrages sieht aber ausdrücklich vor, daß bei Finanzzöllen im Gegensatz zu Schutzzöllen der Ausgleich der Einnahmeausfälle durch entsprechende Erhöhung der Verbrauchssteuern gesucht werden kann. Das ist zwar nicht erfreulich, aber angesichts der eingegengten Finanzlage unabwendbar. Auch nationale Überlegungen spielten eine Rolle: Kaffee und Tee müssen eingeführt werden. Bremen und Hamburg sind die dafür sich anbietenden Hafen- und Bearbeitungsplätze. Das Gesetz nimmt die Senkung des Zolls (Außen- und Binnenzoll) auf den endgültigen und einheitlichen 16%o-Satz von 1970 vor. Andernfalls wäre damit zu rechnen gewesen, daß bei einem höheren Außenzoll (26%o) eine nicht zu rechtfertigende Verkehrsverlagerung zu den Benelux-Ländern eingetreten wäre, die keinen Außenzoll erheben; es wäre dann nur der geringere Binnenzollsatz von 23,4%o zur Erhebung gekommen.*

*Aber selbst die hiermit verbundenen sozialpolitischen Gefahren schlug die Opposition in den Wind. Kaffee und Tee sind nicht höher belastet als bisher. Zur weiteren Verbilligung konnten in Anbetracht der gegebenen Situation jedoch nur Popularitätshascher ihre Hand reichen.*

*Dr. Otto Schmidt, MdB*

in der Absicht, eine befürchtete Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Vollbeschäftigung für alle Zukunft sicherzustellen, hat sich nachträglich stets als unsinnig erwiesen. Die Aufgabe, die sich dem Menschen durch die Nutzbarmachung der Kernenergie stellt, ist grundsätzlich schon aufgetaucht, als er zum ersten Male beispielsweise über das Feuer oder über die Explosivkraft des Pulvers verfügte. Schon im Alten Testament wird das Problem in aller Schärfe erkannt: Entweder nimmt der Mensch seine Verantwortung gegenüber dem Geschaffenen und den daraus von ihm selbst gemachten künstlichen Werkzeugen wahr oder er verfällt einem verächtlichen Götzendienste in der Versklavung gegenüber seinem eigenen Werk.

Ebenso wie die Industrialisierung mit allen Konsequenzen zu den unabänderlichen Gegebenheiten für Gegenwart und Zukunft zu rechnen ist, müssen wir auch davon ausgehen, daß die technischen Kommunikationsmittel in zunehmendem Maße das Schicksal der Erdbevölkerung als Einheit erleben lassen. Rundfunk und Fernsehen etwa ermöglichen es heute, daß wir ein nahezu nachbarschaftliches Verhältnis zu den Bewohnern auf der anderen Seite der Erde haben. Kommunikation und Industrialisierung bewirken gemeinsam, daß das politische Schicksal einzelner Völker und Staaten in immer größerem Ausmaße von der Gesamtpolitik der Großmächte abhängig wird.

Es ist der jetzt in der Schweiz lebende deutsche Philosoph Karl Jaspers gewesen, der darauf aufmerksam gemacht hat, daß auch in dieser Situation der Welt alles vom guten oder bösen, vernünftigen oder unvernünftigen Willen einzelner Menschen abhängen kann. Menschen und Völker sind nicht einer blinden Automatik ausgeliefert, sondern gestalten auch heute ihr Schicksal durch menschliche Entscheidungen. Die Dimensionen haben sich ins Ungeheuerere ausgeweitet. Der Unterschied zwischen Mitteln und Zwecken ist aber damit nicht aufgehoben. Es geht auch heute schlicht darum, einen rechten Gebrauch von den neu erschlossenen Möglichkeiten zu machen und den Mißbrauch nach Kräften auszuschließen.

Die bolschewistischen Machthaber denken gar nicht daran, die Weltentwicklung tatenlos der von ihnen selbst behaupteten Automatik zu überlassen. Sie tun alles, was sie für zweckmäßig halten, um ihr Ziel zu verwirklichen. Und das besteht darin, das System des lückenlos deterministischen, atheistischen Materialismus zur Grundlage einer mit Gewalt zu erzwingenden neuen Weltordnung zu machen.

Welches sind demgegenüber die Chancen der Völker und Staaten, denen es darum geht, um der Würde des Menschen willen einen Raum für echte Initiative freizuhalten? Was ich hier ausführe, kann nicht mehr als den Charakter von Andeutungen beanspruchen:

1. Wir haben die Chance, unsere Bemühungen fortzusetzen, das eigene Urteil über die Gegebenheiten und die in die Zukunft führenden offenen Wege zu vertiefen und zu bewähren in einer wachen Teilnahme nicht nur an der Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik, sondern auch an der Erkenntnis gemeinsamer Aufgaben und Verantwortungen. Unterricht, Ausbildung und Bildung sind die entscheidenden Voraussetzungen für die Verteidigung und Stärkung menschlicher Initiativkraft.
2. Der dem Leben gemäßen Spannung zwischen „destiny“ und „human initiative“ werden wir nur gerecht werden durch eine klare, aber auch dynamisch entwicklungsfähige Rechtsordnung, die mit staatlichen Machtmitteln verwirklicht werden kann. In ihr wird sowohl die freie Initiative geschützt werden, als auch dafür gesorgt sein, daß der ohne eigenes Verschulden sozial Schwache vor Ausbeutung und Willkür bewahrt bleibt.

So wie heute beispielsweise die Elite der Physiker eine Art internationale Physikerfamilie bildet, so werden wir freiwillig zu Familien von Völkern und Staaten zusammentreten und unsere Bündnisse verstärken müssen, um aus eigenem Entschluß gemeinsam die von außen drohenden Gefahren überwinden zu können. Der Einzelne wird auf den meisten Lebensgebieten eigene Initiative nur soweit entfalten können, als er sich freiwillig einer größeren Gemeinschaft eingliedert. Das gilt sowohl vom innerstaatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturbereich als auch von der Außenpolitik.

Die schon bestehenden Bündnisse werden auf die Dauer nur Bestand haben und ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie nicht nur einen reinen Defensivcharakter haben, sondern zu Trägern einer kühnen Initiative der Hilfe für die entwicklungsfähigen Völker werden. Menschliche Initiative ist schon im privaten Bereich nur dann gerechtfertigt und fruchtbar, wenn sie nicht nur der Selbstentfaltung dient, sondern eine Leistung vollbringt, die für eine größere Gemeinschaft sinnvoll und nützlich ist. Wir werden auch innerhalb unserer mehr oder weniger geschlossenen Wirtschaftssysteme nur solange ein freies Unternehmertum haben, als wir gemeinsam fähig bleiben, den Schwachen auf die Beine zu helfen, damit sie allmählich an der Entwicklung der Welt teilnehmen.

Dabei wird die außenpolitische Aufgabe nur erfolgreich gelöst werden, wenn wir innenpolitisch die Fähigkeit entwickeln, der naturgegebenen Spannung zwischen dem Kollektiv und dem Individuum in der Sozialgesetzgebung oder — was im Grunde das gleiche ist — durch eine breite Eigentumsstreuung Rechnung zu tragen. Wir sollten nicht wieder dem Wahn verfallen, die Gleichheit aller Menschen zum Dogma zu erheben. Das wäre ein Rückfall in einen Aberglauben, dessen verheerende Folgen häufig genug in Erscheinung getreten sind. Wir sollten uns aber auch nicht dem Wahn hingeben, daß die im Augenblick vorliegenden Verhältnisse für alle Zeiten stabilisiert werden könnten.

### **Die Behauptung einer letzten Überlegenheit des Menschen**

Unsere Initiative sollte darauf gerichtet sein, je nach den geschichtlichen Gegebenheiten allen Menschen die ihnen angemessenen Chancen zu eröffnen und die Menschenwürdigkeit ihres Daseins durch Rechtsordnungen zu sichern, die sowohl dem Gebote Gottes als auch den Notwendigkeiten der Zeit entsprechen. Unser Ziel muß es sein, alle echten menschlichen Werte, Charakterkräfte, Fähigkeiten und Willensimpulse zu mobilisieren, um eine letzte Überlegenheit des Menschen gegenüber der ihn umfängenden Situation zu behaupten. Menschliche Initiative wird gegenüber allen unabänderlichen Gegebenheiten so lange lebendig bleiben, als sie sowohl die Realitäten als auch den Nächsten, die menschenwürdige gemeinsame Daseinsgestaltung, im Auge behält.

Abschließen möchte ich mit der Frage, ob wir uns einig sind in der Überzeugung, daß es für das uns beschäftigende Problem keine Patentlösung gibt, die uns davon befreien könnte, täglich aufs neue und in jedem Erdteil und jedem Staat auf eigene Weise nach dem Wege zu suchen, auf dem wir uns in der Gegenwart so auf die Zukunft hin bewegen, daß wir den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen behalten und doch für uns und die kommende Generation bewegungsfrei bleiben. Wenn wir uns einig sind, dann werden wir sehr zurückhaltend sein in unserem Urteil über vergangene Zeiten, frühere Katastrophen, weil uns bewußt werden wird, wie groß das eigene Risiko ist, sich in Schuld zu verstricken oder zu scheitern.

### **Der Auftrag des Christen**

Die urchristliche Gemeinde ist lange der Überzeugung gewesen, das Ende der Zeit stehe unmittelbar bevor.



Sie hat sich nicht eingebildet, ein Programm für die vor ihr liegende Weltgeschichte zu besitzen. Die christliche Gemeinde ist unsere Heimat geworden ohne ein solches Programm. Sie sollte auch heute frei bleiben von der Überheblichkeit, als vermöchte sie die Welt darüber zu belehren, wie diese mit ihren Schwierigkeiten fertigwerden könne. Vielmehr werden wir als Christen die Sendung

unseres Glaubens nur dann erfüllen, wenn wir an den Sorgen, Nöten und Ausweglosigkeiten der Welt teilnehmen. Das heißt für jeden von uns, daß er sich an seiner Stelle bemüht, das Unabänderliche zu berücksichtigen und dabei eine menschliche Initiative zu entfalten, durch die dem Nächsten und der Gemeinschaft Gutes widerfährt.

## POLITIKER UND GEMEINDE

*Auf der Reformationsfeier der evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Düsseldorf am 26. Oktober 1958 in der Düsseldorfer Rheinhalle richtete der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Otto Flehminghaus, MdL, folgendes Grußwort an die versammelten Gemeindeglieder:*

Verehrte Gäste,  
liebe evangelische Brüder und Schwestern!

Es ist ein guter Brauch, daß die evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Düsseldorf auf ihrer alljährlichen Reformationsfeier einen aus ihren Reihen, der gerade irgendwo im öffentlichen Leben — sei es beruflich, politisch oder sonstwie — in der Verantwortung steht, mit einem Grußwort beauftragen. In diesem Jahr ist dieser Auftrag an mich gefallen. Ich habe Grund, dafür dankbar zu sein.

Der Auftrag gibt mir Gelegenheit, die herzlichen Grüße der Landesregierung und ihres Ministerpräsidenten Dr. Meyers zu überbringen. Dabei spreche ich zugleich im Namen meines hier mit anwesenden Kollegen Finanzminister Dr. Sträter.

Nicht minder wichtig ist mir aber die Gelegenheit, einige wenige Worte des Bekenntnisses, der Sorge und der Bitte um Verständnis, um Mithilfe und auch um Fürbitte an die hier so zahlreich versammelten evangelischen Christen Düsseldorfs zu richten. Und hier spreche ich nicht als Mitglied der Landesregierung, sondern ganz einfach als einer von Ihnen zu Ihnen, meine verehrten Brüder und Schwestern.

All unser Bemühen um die Ordnung unserer neuen Staatlichkeit hat ja nur dann einen Sinn, wenn es getragen ist von der Verantwortung vor der letzten Autorität, vor unserem Herrgott. Nach unserer Verfassung haben wir keinen christlichen, sondern einen weltanschaulich neutralen Staat. Und das ist gut und richtig so. Nicht nur aus Gründen der Toleranz, sondern auch deshalb, weil dem Staat andere Aufgaben in anderen Bereichen gesetzt sind als unseren Gemeinden und Kirchen. Was wir vom Staat erwarten, ist dies: daß er für die Betätigung unseres kirchlichen Lebens auf allen dazu geeigneten Gebieten, auch in Schule und Caritas, den erforderlichen freien Raum läßt. Das schließt aber nicht aus, daß die Christen in diesem Staat aufgerufen sind, ihre politische Entscheidung in der Verantwortung ihres Glaubens zu treffen. Hier können und müssen Gemeinde und Kirche dem Politiker, in welcher politischen Partei er auch stehen mag, helfen.

Der Politiker unter uns braucht nicht weniger als jedes andere Gemeindeglied die Geborgenheit in der Gemeinde und die Verbundenheit mit ihr. Je mehr er nach draußen zu wirken, aus sich heraus zu geben hat, um so mehr ist er darauf angewiesen, einen Standort zu besitzen, von dem aus er sich immer wieder neu orientieren kann. Das hilft ihm dann auch zu der inneren Demut, ohne die er mit seiner Aufgabe nicht fertig zu werden vermag. Wir alle wissen von dem Dämonischen, das alle Verwaltung öffentlicher Macht in sich birgt. Der Politiker muß sich

das immer vor Augen halten, und er ist dabei auf die Fürbitte der Gemeinde angewiesen.

Der Politiker braucht auch die Verkündigung des Wortes Gottes. Er braucht die Predigt, ein klärendes, lösendes, auch ein gewissensschärfendes Wort. Und er sollte da nicht überempfindlich sein, wenn er nicht sogleich die Bestätigung seiner eigenen politischen Haltung in Einzelfragen herausliest.

Einen besonders bedeutsamen Dienst, den Gemeinde und Kirche unseren Politikern zu erweisen vermögen, erblicke ich darin, daß Menschen verschiedener politischer Auffassung zusammengeführt und gelehrt werden, wieder aufeinander zu hören, jenseits aller Parolen und Schlagworte, die im Kampf der politischen Parteien nun einmal unvermeidlich sind. Es ist im politischen Raum ja immer mehr dahin gekommen, daß wir geradezu verschiedene Sprachen sprechen und Diskussionen nicht mehr deshalb führen, weil wir die Meinung des politisch Andersdenkenden kennenlernen, unsere eigene daran messen oder gar korrigieren wollen. Hier hilft uns die Kirche aber nur dann, wenn sie wirkliche Stätten der Begegnung unter Gottes Wort schafft, wo der politische Kampf nicht mit veränderter Sprachregelung fortgesetzt wird und die Achtung vor der Auffassung und dem Verantwortungsbewußtsein des Nächsten der alles beherrschende Grundsatz ist.

Schließlich habe ich als Politiker noch ein Anliegen an Sie, meine Brüder und Schwestern, ein Anliegen, zu dessen Verwirklichung vielleicht gerade solch eine große Kundgebung evangelischer Gemeinden beitragen könnte: Wir müssen viel mehr dazu kommen, uns als evangelische Menschen in der öffentlichen Verantwortung darauf ansprechen zu lassen, daß wir evangelische Christen sind. Damit rede ich keiner Verschärfung konfessioneller Gegensätze das Wort. Ich habe in der politischen Arbeit gelernt, daß mit denjenigen unter unseren katholischen Freunden am besten auszukommen ist, die am tiefsten in ihrem katholischen Glauben verwurzelt sind und dies auch offen bekunden. Da liegt nicht nur das Trennende, sondern auch das Gemeinsame klar zu Tage. Es wäre gut, wenn unsere katholischen Freunde von uns dasselbe sagen könnten, auch wenn das für sie wie für uns unbequemer wäre. Hermann Ehlers hat einmal in seiner frisch zapackenden Art in einem Vortrag in Königswinter gesagt: der Unterschied zwischen den evangelischen und den katholischen Menschen bestehe weithin darin, daß Katholiken sich dort, wo sie ihre Arbeit haben, und sei es als Straßbahnschaffner, darauf ansprechen lassen, daß sie Katholiken sind, und daraus für ihre Arbeit Folgerungen ziehen. Im evangelischen Raum haben wir Mühe, evangelische Menschen in die gleiche innere Situation zu bringen. Hier hören wir dann sogleich von der Sorge, sich konfessionell einseitig herauszustellen, und von der Verpflichtung zur Neutralität. Es geht aber gar nicht um eine Verletzung der Neutralität und Objektivität, zu der wir in Beruf und Öffentlichkeit und auch vor unserem eigenen Gewissen verpflichtet sind, wohl aber um ein klares Bekenntnis zu den Grundlagen unseres Wirkens. Hierauf sollten wir uns ruhig mehr als bisher auch als

evangelische Menschen in der öffentlichen Verantwortung ansprechen lassen. Man soll ruhig wissen und damit rechnen, daß wir evangelische Christen sind.

Unsere heutige Reformationsfeier ist unter das Thema „Wir bleiben Protestanten“ gestellt. Dabei verstehen wir unter Protestanten Menschen, die „p r o“, das heißt

„f u r“ etwas, nämlich für ihren evangelischen Glauben, „Zeugnis ablegen“. Möge die heutige Reformationsfeier mit der Besinnung auf das reformatorische Werk Martin Luthers dazu beitragen, daß wir einander helfen, in all unserem Handeln wirkliche „Protestanten“ zu sein!

## KARL BARTH UND SEIN ZONENBRIEF

von Propst D. Hans Asmussen, DD

Karl Barth hat den Brief eines Pfarrers aus der sogenannten DDR, der acht Fragen enthielt, in Form einer Broschüre beantwortet („Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik“, Zollikon-Verlag, Zürich, und Kaiser-Verlag, München). Man hat den Eindruck, daß der Brief tatsächlich so geschrieben ist, wie Karl Barth ihn zitiert. Es wäre ja einem Schriftsteller durchaus erlaubt, einen fingierten Brief zu beantworten. Die Broschüre ist insofern sehr aufschlußreich, als Karl Barth seine Ziele noch nie so deutlich ausgesprochen hat. Darüber hinaus aber wird man sagen können, daß das, was Karl Barth hier schreibt, die Meinung der „Bruderschaften“ wiedergibt, die so deutlich auch noch nicht gesprochen haben. Eine besondere Bedeutung kommt dieser Broschüre überdies zu, wenn man dabei an die jüngste Aktion Chruschtschows gegen Berlin denkt.

Was Karl Barth schreibt, ist die vollendetste Form des Neutralismus, die mir bisher begegnet ist. Es ist sehr schwer, an die Redlichkeit dieses Neutralismus zu glauben. Wir erfahren — was Karl Barth dem Empfänger des Briefes „am liebsten bloß ins Ohr sagte“ —, daß „ich zum Geist und zur Sprache, zu den Methoden und Praktiken des bei Ihnen herrschenden Systems so wenig ja sagen kann wie zu den Mächten und Gewalten, die hier im Westen über uns sind“. Im gleichen Absatz aber lesen wir von solchen Leuten, die wahrscheinlich dieses Urteil „in das Feuer des Antikommunismus“ werfen und „die ich für die notorisch schlimmeren Feinde aller Wahrheit, aller Gerechtigkeit, alles Friedens halte“. Da ist also die Linie der Neutralität schon zugunsten des Ostens überschritten.

### Die Fleischtöpfe Ägyptens

Der Pfarrer aus der Sowjetzone, dem Karl Barth antwortet, hat seinen Standort ungefähr dort, wo auch Karl Barth ihn hat. Aus seinem Brief an Barth wird der Satz zitiert, er befürchte „nichts mehr als eine Befreiung im Sinne Adenauers, die uns zu den Fleischtöpfen Ägyptens zurückführen würde“. Karl Barth hält das für ganz richtig gesehen. Denn dem Christuszeugnis „wirkt nicht nur ein östlicher, sondern auch ein westlicher Ungeist und Unsinn fast übergewaltig entgegen: nicht nur der offene Totalitarismus bei Ihnen, sondern auch der schleichende bei uns, nicht nur das Schalten und Walten der allmächtigen Partei, Propaganda und Polizei dort, sondern auch das der ebenso allmächtigen Presse, Privatwirtschaft, Protzerei und Publikumsmeinung hier“. Daß es immerhin leichter zu ertragen ist, wenn das Publikum nicht meiner Meinung ist, oder die Presse, oder die Privatwirtschaft, als in der Zone die Polizei, die Partei und die Staatspropaganda, scheint Barth nicht zu wissen, — obwohl das kaum glaublich ist.

Was aber sollen nun die bedrängten Christen in der Zone tun? Daß sie bedrängt werden, liest man mehr zwischen den Zeilen als aus ihnen selbst. Von gefangenen Pfarrern und Gemeindegliedern ist mit keinem Wort die Rede. Das muß man sich einmal vorstellen bei einem so überragend klugen Manne, der den Kirchenkampf mit uns zusammen erlebt hat, — wenn auch meist

von jenseits der Grenze. Also Schwamm über die Zuchthäuser, auch über ihre kirchlichen Insassen! Sie sind für die Zone und ihre Kirche kein wesentlicher Zug. Was soll denn getan werden? Man muß Christus, „sein Reich und seine Gnade... über alle Dinge fürchten und lieben“. (Daß der Pfarrer aus der Zone „nichts mehr als eine Befreiung im Sinne Adenauers“ fürchtet, und daß Barth ihm darin ganz recht gibt und es im weiteren Verlauf der Schrift noch einmal an einer sehr betonten Stelle tut, soll hier wohl vergessen werden.) Auf der anderen Seite soll man den Kommunismus, den Materialismus, den Atheismus nicht zu ernst nehmen. Man muß „dem Unglauben mit dem fröhlichen Unglauben an die Möglichkeit dieses seines Unternehmens begegnen. Denn was der Atheismus leugnet, kann doch nur die Existenz eines ihnen bekannten Begriffsgötzen sein, nicht das Sein und das Wirken des lebendigen Gottes, den sie nicht kennen“.

### Rechtfertigung des Atheismus

Damit stehen wir an dem theologischen Kern der ganzen Schrift und auch der politischen Theologie, die Karl Barth nun seit mindestens 1945 getrieben hat. „Atheismus als Irrtum“ wäre ein reizvolles Thema für eine theologische Arbeit großen Formats. Wenn aber eine solche Untersuchung sich biblisch orientieren wollte, so müßte bereits auf ihrer ersten Seite stehen, daß die Bibel den Atheismus als Irrtum nicht kennt. Indem Karl Barth — nicht erst heute — diese Größe einführt, unternimmt er die grandioseste Rechtfertigung der Atheisten, die je unternommen worden ist. Aber diese Rechtfertigung ist von Grund auf falsch. Sie hat ihren Grund in Karl Barths Heilslehre, nach welcher es eigentlich kein Verworfensein gibt — weder in der Zeit noch in der Ewigkeit. Natürlich sieht dann die Welt ganz anders aus. Nur ist es merkwürdig, daß im „Dritten Reich“ Adolf Hitler, und daß heute Adenauer dieses Verständnis nicht finden, das Barth den Atheisten entgegenbringt. Das führt denn auch dazu, daß nach Barth das Verhalten der Christen im Westen und im Osten in der Struktur völlig verschieden sein muß.

Während hier im Westen Barths Freunde — doch nicht gegen seinen Willen, sondern eher unter seiner Führung — sehr handfeste politische Kriege ausfechten, die sich merkwürdigerweise immer nach rechts wenden, lesen wir für den Osten folgenden erleuchtenden Satz: „Die Beschneidung des Öffentlichkeitsanspruchs der Kirche dürfte also gewiß als ein ihr durch das Werkzeug des sozialistischen Staates wieder Willen zugewendetes göttliches Liebeswerk zu verstehen sein.“ Nehmen wir einmal an, die Schweizer Regierung würde Karl Barth ein solches „Liebeswerk“ zuwenden! Es dürfte ihm sehr schwer fallen, sich nach seiner neusten Schrift noch darüber aufzuregen, wenn man ihm die Öffentlichkeit verbieten würde. Auch gibt er seine Freunde in Westdeutschland doch schweren Gefahren preis, denen sie nur entgehen, weil Adenauer eben nicht Ulbricht heißt. Es ist schließlich schwer vorstellbar, was seiner Freunde militanter Pazifismus noch sollte, wenn ihm die Öffentlichkeit geraubt würde.

## Und kein Widerstand?

Jedoch muß die Kirche im Osten sich darauf gefaßt machen, noch viel mehr preiszugeben. Hören wir einmal Barths Liste! „Die Existenz einer von der übrigen Gesellschaft und besonders vom Staat garantierten oder doch respektierten oder mindestens tolerierten . . . Kirche. Ihren Sonntag . . . und die hohen Festtage . . . Kindertaufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung als die christliche Markierung des Rahmens und der Existenz des Herrn Jedermann . . . Den Einfluß der Kirche auf die öffentliche Erziehung und Unterrichtung und Bildung der Jugend . . .“ Wenn man den betreffenden Absatz liest, fragt man sich, ob wohl an irgendeiner Stelle auch noch einmal ein Limit kommt, wo Widerstand zu leisten ist. Aber es kommt kein solcher Punkt. Unter dem Motto, daß Gott und seine freie Gnade ja unbedingt herrschen, und daß wir bereit sein müssen, vieles preiszugeben, kommt im Grunde heraus: Paßt euch in jeder nur denkbaren Weise an! Leistet keinen Widerstand! „Wo liest man eigentlich, daß die ersten Gemeinden Jesu Christi in Jerusalem, Rom, Korinth oder Kleinasien sich dieser Existenzform erfreuen durften?“ So sinkt der große Theologe, um die kirchliche Widerstandslosigkeit zu begründen, in einen sehr billigen Biblizismus ab. Wie einfach hätten wir es gehabt, wenn wir im Kirchenkampf nach diesem Kanon vorgegangen wären! Aber es ist jedenfalls dankenswert, daß wir nun wissen, wohin die Reise nach Karl Barth und seinen Freunden geht. Es sage uns niemand mehr, es handle sich um verschiedene politische Auffassungen. Hier kann man nur sagen, was Luther zu Zwingli sagte: „Ihr habt einen anderen Geist als wir.“

## Die Maßstäbe verloren

Als unerhört schmerzlich empfinde ich den Verlust von Maßstäben, den ich fast auf jeder Seite finde. Der Frager aus der sogenannten DDR hatte gefragt, ob ein Pfarrer dem Staat die geforderte Loyalitätserklärung geben dürfe. Unter Hinweis auf sein eigenes Verhältnis zur Schweizer Eidgenossenschaft, das ähnlich gelagert sei,

schreibt Barth: „Loyalität schließt den Vorbehalt der Gedankenfreiheit gegenüber der Ideologie, aber auch den Vorbehalt des Widerspruchs, eventuell des Widerstandes . . . in sich. Ich würde an Ihrer Stelle keine Schwierigkeit sehen, in diesem Sinne der DDR Loyalität entgegenzubringen.“ Sätze wie diese sind einfach deprimierend. Denn sie lassen den Verdacht aufkommen, Barth wisse nicht, daß gerade die Dinge, welche er zur Voraussetzung einer Loyalität macht, überhaupt nicht strittig, sondern eindeutig verboten sind, und daß eben deswegen Unzählige für Jahre in zonalen Zuchthäusern sitzen. Warum hat eigentlich die Affäre Pasternak so viel Staub aufgewirbelt, wenn der von Barth vorgeschlagene Weg möglich wäre? Und nun gar der Widerstand?! Karl Barth muß sehr in Schreibtischarbeit versunken gewesen sein, als die Aufstände in der Zone und in Ungarn tobten. Denn sonst könnte er doch nicht noch heute diesen Weg anempfehlen!

## Geschrieben in der Geborgenheit

Von „Maßstäben“ spreche ich. Man könnte sie auch anders heißen. Was soll man von diesem Satze sagen, der uns Westdeutsche besonders angeht? „Die westdeutschen Bruderschaften stehen seit Jahr und Tag in anstrengendem Handgemenge mit den Mächtigen und Gewalten, den Geistern und Dämonen im Lande des ‚Wirtschaftswunders‘ mit seinem gedankenlosen Anschluß an die NATO, mit seiner Remilitarisierung, seinem Seelsorgevertrag, seiner Atomwaffenausrüstung . . . usw.“ Handgemenge? Anstrengend? Wer tut den „Bruderschaften“ eigentlich etwas, und wem tun sie eigentlich nichts? Ist es in der Tat so billig, Märtyrer zu werden? Die „Bruderschaften“ kontrollieren nicht eben wenige öffentlich rechtliche Einrichtungen. Die Waffen ihrer Ritterschaft sind wirklich nicht immer nur geistlich. — Und *last not least*: Dieses alles schrieb Barth „in einem Bauernhäuschen auf einer einsamen Höhe im Bernischen Emmental“.

Wenn ich an den Kirchenkampf zurückdenke, verhülle ich mein Haupt.

(mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: „Christ und Welt“ Nr. 48 vom 27. November 1958)

## ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

### Stand des theologischen Gesprächs über die Atomwaffen

*Unter diesem Thema schreibt Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover, im „DEUTSCHEN PFARRERBLATT“ u. a. folgendes:*

#### Theologische Zusammenhänge

„Die innerkirchliche Auseinandersetzung über die atomaren Waffen schließt zugleich starke Differenzen im Verständnis des politischen Dienstes der Kirche überhaupt ein. Es ist daher unzulässig, den Streitgegenstand auf eine eindeutige sittliche Einzelfrage im Range der Judenfrage oder der Handhabung der Euthanasie im nationalsozialistischen Staat einzuschränken. Die Frage der atomaren Waffen erscheint in vielschichtigen Verantwortungszusammenhängen, stellt auch den Christen in Pflichtenkonflikten und Gewissenskonflikten, so daß für das theologische Gespräch zugleich die Frage nach der Stellung des Krieges im Völkerleben, nach Wesen und Funktion des Staates, nach dem Verhältnis von Macht und Recht, Verteidigung und Opfer, Weltreich und Gottesreich gestellt ist. Wir stehen vor einer neuen Variation des theologischen Streites um den politischen Gottesdienst der Kirche, um die Verwirklichung der Christuszugehörigkeit in den irdischen Ordnungen. Mit besonderer Dringlichkeit stellt sich die Grundfrage der christlichen Ethik, nämlich wie der Gehorsam des neuen Menschen in Christus in der alten Welt möglich ist und was es für die alte Welt bedeutet, daß in ihr eine Gemeinde lebt, die der neuen Welt in Christus schon jetzt angehört.“

Wir meinen nun nicht, daß sich der Schulstreit zwischen den Vertretern der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre und den Anhängern eines von den Theologen um Karl Barth neuentwickelten Leitbildes einer

christokratischen Lösung des Kirche-Welt-Verhältnisses unmittelbar in einem entsprechenden Für und Wider die Atomwaffen widerspiegelt. Ebenso wenig wie sich die kirchlich-theologische Gesprächslage mit den Fronten der politischen Meinungskonflikten deckt, ist die Atomfrage zu einem bloßen Streitobjekt zwischen Lutheranern und Barthianern geworden. Das trifft schon deshalb nicht zu, weil die Barth'sche Christokratie keineswegs eine prinzipielle Verneinung von Gewaltanwendung und die lutherische Zwei-Reiche-Lehre ebensovienig eine uneingeschränkte Bejahung jeder Art von Gewaltanwendung einschließt. Aber es ist doch ein Faktum, daß die Art, in der weithin die bedingungslose Verneinung jeglicher atomaren Bewaffnung als Verkündigungsinhalt und als Ausdruck eines vollen Glaubensgehorsams im status confessionis vertreten wird, ohne den Hintergrund einer Staat und Kirche christokratisch einander zuordnenden Lehre nicht zu denken ist. Es ist ebenso unverkennbar, daß das entgegengesetzte Bestreben, politische Einzelentscheidungen nicht von vornherein einer christomonistischen Ethik zu unterwerfen, auf dem Boden der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre erwachsen ist. . .

Es ist natürlich unbestritten, daß es Lebenssituationen gibt, in denen der Christ nur eine einzige eindeutige Gehorsamsentscheidung fällen kann. Es sind aber ebenso sehr Situationen denkbar, in denen umfassende sittliche Verantwortungszusammenhänge auch den Christen in den Konflikt verschiedenartiger Entscheidungsmöglichkeiten stellen. Hier kann er nur handeln im Wagnis des Glaubens an Gott, der in Christus allen Sündern gnädig ist. Und es ist eben die Frage, ob Differenzen in einer solchen Situation dazu berechtigen, den einen Teil für gläubig, den anderen für ungläubig zu erklären. . .

## Das Gemeinsame

Die Entschließung der EKD-Synode 1958 zur Frage der nuklearen Waffen hat den Spannungsbogen der Differenzen auf das deutlichste herausgestellt. Sie hat aber auch die Gemeinsamkeit aller Standpunkte unterstrichen: Die Christenheit verwirft heute ohne Ausnahme den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg. Weil aber jeder Krieg heute unter der Drohung der Schreckenswaffen und der Gefahr einer Ausweitung zum totalen Krieg steht, schließt der kirchliche Einsatz die Forderung nach Abrüstung auch der konventionellen Waffen, ja nach Achtung des Krieges überhaupt ein. . .

Die EKD-Synode 1958 hat die allgemeine Übereinstimmung noch in einer anderen Hinsicht unterstrichen, indem sie Glaubens- und Gewissensfreiheit als ein dem Frieden gleichzuachtendes Gut bezeichnete. Überhaupt dürfte es nützlich sein, einmal zu beschreiben, worin das Wesen des Friedens eigentlich besteht. Jedenfalls gibt es heute nicht nur eine Angst vor der Vernichtung des äußeren Lebens, sondern auch eine nicht mindere vor einer Auslöschung des inneren Wesens des Menschen. Nicht nur Atomwaffen und totaler Krieg, sondern auch totalitäre Machtssysteme gehören zu den Kennzeichen der Welt von heute. . .

## Die grundlegenden Differenzen

Wir wollen die vor dem Hintergrund dieses Gemeinsamen verbleibenden Differenzen in der Weise nachzeichnen, daß wir die grundlegenden Motive einiger wichtiger Gesprächspartner hervorheben. So wird an Helmut Gollwitzer als einem der Wortführer einer absoluten Atomwaffengegenschafft deutlich, daß es in der ernst zu nehmenden theologischen Diskussion innerhalb der EKD eine schlichte Rückkehr zum traditionellen christlichen Pazifismus nicht gibt. Gollwitzer bejaht alles das, was vom reformatorischen Verständnis des weltlichen Regimentes her zum Krieg und zum Waffengebrauch zu sagen ist. Er entnimmt seine Hauptargumente den Prinzipien der Lehre vom gerechten Kriege. Daher schlägt er alle diejenigen, die ihm lediglich mit der Berufung auf die lutherische Zwei-Reiche-Lehre und auf die von der Reformation übernommene Lehre vom gerechten Kriege begegnen, mit ihren eigenen Waffen. Für die Lehre vom gerechten Kriege ist auf jeden Fall die Unterscheidung von zulässigen und nichtzulässigen Kriegsmethoden grundlegend. Die nuklearen Waffen aber stehen außerhalb der Wertordnung, die die christliche Ethik und in ihrem Gefolge das internationale Recht für den Waffengebrauch verbindlich aufgestellt haben. Die modernen Waffen (Gollwitzer denkt immer zugleich auch an die bakteriologischen und chemischen Waffen) setzen alles Kriegsrecht prinzipiell außer Kraft und bedeuten das Ende der Errungenschaften abendländischer Gesittung. Sie stellen für den Christen eine absolute sittliche Grenze dar. Daher sind die Christen zu ermutigen, den Folgen eines Verzichtes auf diese Waffen um Gottes und der Hoffnung auf Gott willen getrost entgegenzusehen. Sie sollen die Staatsmänner ermahnen, sich ihrerseits dieser absoluten sittlichen Grenze und ihren Konsequenzen zu beugen. . .

In diesem Zusammenhang wird bekanntlich die Frage stark erörtert, ob sich von der absoluten Verwerfung nuklearer Waffen her nicht konsequenterweise die Forderung nach einem Verzicht auf diese Waffen um jeden Preis, nach einer einseitigen Abrüstungsvorleistung durch diejenigen Völker ergibt, auf die die Christen einen diesbezüglichen Einfluß ausüben können. Man sollte dieser Frage, wie es oft geschieht, nicht dadurch ausweichen, daß man die eigene sittliche Überlegung lediglich auf die Politik der Bundesrepublik angewandt wissen möchte. Das sittliche Urteil ist unteilbar und in gleicher Weise auf alle anzuwenden, zumal, wie im vorliegenden Falle, enge Bündnisverpflichtungen vorliegen. Man muß sich zudem der Frage nach der sittlichen Bewertung der gegenwärtigen Atom-Äquivalenz, die auch nach dem Urteil prinzipieller Atomwaffengegner in den vergangenen Jahren kriegsverhindernd gewirkt hat, stellen. . . Fällt auch derjenige Politiker bereits unter das doktrinaire Verdikt, einen von Christus trennenden Gebrauch verbotener Machtmittel zu treiben, der die sittliche Rechtfertigung des gegenwärtigen Zustandes eines atomaren Kräfteausgleichs in dem Zeitgewinn für vernünftige Schritte zur Überwindung der Gefahrensituation sieht? . . .

Auch Helmut Thielicke geht von der These der qualitativen Veränderung der Kriegsfrage durch die nukleare Waffe aus. Ein nuklearer Krieg ist zu verwerfen, da er mit der Möglichkeit des Selbstmordes ein ‚prinzipielles Attentat‘ auf die Erhaltungsordnung ist, in deren Dienst man frühere Kriege immerhin hat sehen können. Aber dadurch, daß Thielicke von vornherein im Horizont der dieser Welt gegebenen Erhaltungsordnung denkt, entgeht er der Konsequenz, als christlicher Ethiker lediglich die völlige Abschaffung der atomaren Waffen zu fordern. Eine solche Forderung um jeden Preis, also auch um den Preis der Einseitigkeit, ist für Thielicke eine ‚das kirchliche Wort diskreditierende Phrase‘. Das Problem des Atom-

krieges stellt sich nicht in der einfachen Form, ob er als Sünde zu bejahen oder zu verneinen ist. Auch ist mit einer bloßen Verwerfung dieses Krieges die Frage der Ausrüstung mit nuklearen Waffen noch nicht beantwortet. Die Dinge liegen zu vielschichtig, als daß hier nach der Regel verfahren werden könnte, daß mit einem bestimmten Zweck auch die Mittel zu diesem Zweck zu verwerfen seien. Eine vollständige Betrachtung der Weltsituation, die aus der ethischen Überlegung nicht ausgeklammert werden darf, muß das allgemeine Mißtrauensverhältnis zwischen den Mächten mit in Rechnung stellen. Einseitige Vertrauensvorleistungen können im Verhältnis der Völker zueinander nicht in der gleichen Weise wie für die persönliche Ich-Du-Beziehung erwartet werden. Ein solcher Verzicht auf Verteidigungsbereitschaft, auf den ‚relativen Sicherheitsfaktor der Äquivalenz der Kräfte‘ könnte geradezu das Recht des Stärkeren zum Prinzip der Weltverfassung machen. Der Friede der Welt ist in gewissem Sinne immer ein Friede der Angst gewesen. Nach Thielicke gibt es nur die Möglichkeit, den Gefahren einer Weltkatastrophe mit Mitteln zu begegnen, ‚die dem Medium des Politischen zugeordnet sind‘. Die heutige Situation der totalen Bedrohung sowohl in physischer wie in moralischer Hinsicht ist auch für die christliche Ethik so neuartig, daß es unmöglich ist, mit einer bestimmten sittlichen Weisung für das politische Handeln den status confessionis zu verbinden. . .

Gegenüber dem, wie er sagt, Atompazifismus Gollwitzers geht es Walter Künneth um die Bewahrung der ‚ethischen Grundentscheidungen‘ der Reformation. Nach der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre ist der Christ zur Mitwirkung an Staat und Politik verpflichtet.

Künneths eigentlicher theologischer Einwand gegen Gollwitzer aber betrifft die Rechtfertigungslehre. Er fürchtet, daß die mit der Rechtfertigung dem Christen widerfahrne Befreiung zum Dienst in den weltlichen Ordnungen nomistisch verkehrt wird, wenn von ihm ein bestimmtes politisches Verhalten gefordert wird. Dieselbe Zerstörung wirft Künneth den ‚Atompazifisten‘ hinsichtlich des Verständnisses von Obrigkeit vor. Die von Gollwitzer geübte Zuerkennung einer allen, Regierung und Staatsbürgern, gleichen politischen Verantwortlichkeit bedeutet für Künneth eine ‚Aushöhlung des obrigkeitlichen Amtes‘, eine Aufblähung der Einzelverantwortung bis zur Utopie. Schließlich macht Künneth Gollwitzer zum Vorwurf, er verwandle durch einen unzulässigen Verweis der Politik auf die Hoffnung auf Gott pneumatische Glaubenserkenntnis ‚unmittelbar in einen allgemeinen Grundsatz politischer Gestaltung‘. Dadurch werde das Gottvertrauen als politische Patentlösung angeboten, der Staat werde aufgefordert, nach den Prinzipien des Glaubens seine politischen Entscheidungen zu treffen. . .

Es ist Künneth für das Gesamtgespräch zu danken, daß er immer wieder auf die harte Pflichtenkollision aufmerksam macht, in der heute politische Entscheidungen zu treffen sind. Es ist eben nicht nur eine atomare Weltkatastrophe zu verhindern, vielmehr sind der Welt zugleich Freiheit, Gerechtigkeit und andere unverzichtbare menschliche Güter zu erhalten. Daher ist, wie Künneth mit Recht fordert, die sittliche Beurteilung der Atomwaffen in das Gesamtgefüge der politischen Verantwortung hineinzustellen. . .

## Totale Moralpostulate und Politik

Das Problem des totalen Krieges ist umfassender als das der nuklearen Waffen. Es ist die Frage der Kriegsgewinnung und des auf ihr beruhenden Gebrauchs der Kriegsmittel. Es ist berechtigt und erforderlich, mit dem totalen Krieg auch eine Strategie zu verwerfen, die den vollen Gebrauch atomarer Waffen voraussetzt und den Krieg in der Tat in ein Massaker verwandelt. Es führt aber auf Abwege, wollte man den Hebel allein an den nuklearen Waffen als solchen ansetzen. Das sittliche Problem konventioneller Waffen von heute ist nicht geringer, ein ‚konventioneller‘ Krieg moderner Art für Deutschland nicht weniger schrecklich als die Anwendung nuklearer Waffen. Zudem ist es nun einmal unbestreitbar, daß die stereotype Bezeichnung der atomaren Waffen als Massenvernichtungsmittel den technischen Daten und der militärischen Planung einfach widerspricht. Die kirchliche Mitarbeit an einer Bewältigung der gegenwärtigen Gefahrensituation wird nicht gerade erleichtert, wenn von theologischer Seite uneinsichtig ständig wiederholt wird, was sich dem Fachmann längst als falsch erwiesen hat. Und schließlich ist es gerade die penetrant isolierte Herausstellung der nuklearen Waffen im theologischen Gespräch, die zu einer sittlichen Beurteilung auch aller derjenigen politischen und strategischen Bemühungen führt, die den atomaren Waffen im politischen und strategischen Denken zumindest für eine Übergangsperiode einen minderen Rang anweisen wollen, als sie ihn jetzt noch einnehmen. Die Politik besteht aus Einzelschritten und nicht aus der plötzlichen Verwirklichung totaler Moralpostulate. Das wird im theologischen Gespräch gewiß von niemandem bestritten. Man muß dann aber auch den ordentlichen politischen Bemühungen die Würde sittlicher Berechtigung zuerkennen. . .